

Der Staat und die Kohlenfragen.

Die zweite Lesung des Bergwerksetats.

Im Abgeordnetenhaus ging gestern — bei gähnender Beere — die Beratung des Etats der Staatsbergwerke vor sich. Die Einnahmen weisen eine Erhöhung auf — aber diese Erhöhung wird wettgemacht durch das Mehr an Ausgaben, das auf die Steigerung der Löhne und Materialkosten zurückgeht. Die Berechtigung erheblicher Lohnsteigerungen wurde natürlich in Rücksicht auf die herrschende Teuerung allseitig anerkannt, und wenn der sozialdemokratische Abg. Hue sich darüber beschwerte, daß die Steigerung der Löhne auch nicht entfernt Schritt halte mit der Verteuerung der Lebenshaltung, so räumte Minister Sydow ein, daß, wo einzelne Wirtschaftsgebiete mit der Lohnsteigerung noch im Rückstande seien, es nachzuholen sei und daß die Löhne mit der Steigerung der Lebensmittelpreise weiter hinaufgehen müßten; er wies auch auf die von den fiskalischen Gehehen für die Beschaffung von Lebensmitteln geleisteten Zuschüsse hin. Der fortschrittliche Abg. Meyer (Frankfurt a. D.) bezeichnete gerade den jetzigen Zeitpunkt, der alle Berufsstände zu vaterländischer Arbeit zusammensührt, als besonders dazu angetan, durch weitherziges Entgegenkommen gegen die Wünsche der Arbeiterschaft die Quellen der sozialen Unzufriedenheit zu verstopfen. Der nationalliberale Abg. Maccò schilderte die Zustände, wie sie sich im Kriege infolge der Einberufungen von Beamten und Arbeitern herausgebildet haben, und sprach den Wunsch aus, daß unbeschadet der Durchführung des Hindenburg-Programmes das Bestehen der Bergwerksindustrie gesichert bleibe. Selbstverständlich wurde auch die Gestaltung der Kohlenpreise erörtert. Abg. Meyer betonte, daß, wenn auch die bisherigen Preiserhöhungen nicht zu beanstanden gewesen seien, so doch jede unnötige Verteuerung vermieden werden müsse. Freilich sei die erste Hauptsache, daß Kohle vorhanden sei, und da begrüßte er es mit Genugtuung, daß nach der Erklärung des Ministers die Inlandsversorgung gesichert sei. Einen Abschnitt seiner Ausführungen widmete er den Bestrebungen böhmischer Kapitalisten, die Vormachtstellung im mitteldeutschen und niederlausitzer Braunkohlenrevier zu erringen, worauf auch Abg. Maccò schon die Aufmerksamkeit gelenkt hatte; er wolle waffenbrüderlichem Kapital gewiß nicht die Betätigung in Deutschland verwehren, aber es dürften nicht deutsche Beamte und Arbeiter verdrängt werden, und vor allem müsse der Gefahr einer Monopolbildung entgegengetreten werden. Der Minister antwortete, daß vorläufig kein Grund zur Sorge vorhanden sei, daß die Sache jedoch im Auge behalten werden solle. Auch in diese Verhandlung ragte zeitweise die hohe Politik hinein. Abg. Maccò setzte sich dafür ein, daß beim Friedensschluß darauf Bedacht genommen werde, besonders den englischen Bemühungen gegenüber unsere Zukunft durch Angliederung von Gebieten, die uns wichtige Rohmaterialien liefern, sicherzustellen, während Abg. Hue, wie sich denken läßt, vor Annexionen warnte. — Zu Beginn der Sitzung war nach kurzer Beratung, in der Abg. Adolf Hoffmann für den guten Zweck eine Kürzung der Ministergehälter empfahl, ein Zentrumsantrag betr. Erhöhung von Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen an Arbeiter, im Ruhestande lebende Beamte und Altpensionäre dem Probillierungsausschuß überwiesen, da bereits ein ähnlicher fortschrittlicher Antrag vorliegt.

Der Sitzungsbericht findet sich in der 2. Beilage.